

Eine »harmonische Gesellschaft«?

Die genannten Faktoren verdeutlichen, weshalb der Parteistaat trotz aller sozialen und politischen Verwerfungen gegenwärtig ein relativ stabiles autoritäres Gebilde darstellt. Das neue sozialpolitische Konzept einer zu erschaffenden »harmonischen Gesellschaft«, das an ideengeschichtlichen Vorbildern aus der eigenen Tradition des Landes anknüpft und an die Stelle des Ziels getreten ist, den Kommunismus zu realisieren, bestätigt, dass es sich bei China gegenwärtig nicht um eine harmonische Gesellschaft handelt. Interessanterweise beziehen sich die Zielvorgaben einer »harmonischen« Gesellschaft auf Ziele wie Demokratie, *rule of law*, Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit (im Gegensatz zu Korruption) und sozialen Ausgleich.

Gleichwohl denken parteinahe Intellektuelle in signifikantem Maße über die politische Zukunft Chinas nach. In diesem

Zusammenhang ist ein jüngst erschienenenes Manifest des Autors Yu Keping mit dem Titel *Demokratie ist eine gute Sache* ein erwähnenswertes Beispiel (vgl. S. 44).

Neu und außergewöhnlich an Yu Keping's Thesen ist die Neubewertung der Rolle von Demokratie, dass sie durch einen einflussreichen politischen Berater Chinas als bislang bestes politisches System charakterisiert wird. Als dieser Beitrag Ende 2006 in der Zeitschrift der Zentralen Parteihochschule nachgedruckt wurde, kam es im Anschluss zu einer ausgesprochen kontroversen, breit geführten Diskussion in China. In einem Beitrag in der Parteizeitung *Renmin Ribao* vom Februar 2007 unterstützte Ministerpräsident Wen Jiabao jedoch Yus Position. Auch dies verdeutlicht, dass Zukunftsentwürfe nicht tabu sind, solange die Parteiherrschaft nicht direkt aktiv angegriffen und die *political correctness* im Sinne der KP-Führung eingehalten wird.

Gespräch mit Eberhard Sandschneider

Zwischen Entwicklung und Stabilitätstrauma

Eberhard Sandschneider übernahm 1998 die Professur für Politik Chinas und Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin und leitet seit August 2003 das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Seine letzte Veröffentlichung Globale Rivalen – Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens erschien 2007 im Hanser Verlag. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Die Olympiade in China steht kurz bevor. Bald werden Millionen von Menschen auf das Land schauen, mit einem Interesse und aus einer Nähe, wie es selten zuvor der Fall war. Hunderttausende werden dorthin fahren und eine Seite kennen lernen, die die Medien nicht vermitteln. Ist die Olympiade eher eine Chance oder doch auch ein Risiko für das Bild Chinas in der Welt?

Eberhard Sandschneider: Sowohl als auch. Aus der Sicht der chinesischen Regierung ist es eine gewaltige Chance, das Land in seinen neuen Fähigkeiten, in seiner Modernität, in seinen Entwicklungsleistungen zu präsentieren. Auf der anderen Seite hat man festgestellt, dass alles, was man sich an Imagegewinn vorgestellt hat, auch mit einem gewaltigen Imagerisiko verbunden ist. Das hat auf der hohen Ebene der Politik da-

mit zu tun, dass China bei uns aufgrund seiner Partnerschaften mit Nord-Korea, Myanmar oder dem Sudan in wachsendem Maße kritisch betrachtet wird. Menschenrechtsverletzungen stehen genauso zur Debatte, wie die gewaltigen Umweltprobleme des Landes. Und jeder Journalist, der etwas auf sich hält, reist nun nach China und kommt mit kritischen Berichten über das Land zurück.

NG/FH: Worin liegen die Risiken genau? Was kann man erfahren und sehen, was hier bisher wenig bekannt oder beachtet war?

Sandschneider: Man sieht all das, was nicht in der üblichen China-Berichterstattung wiedergegeben wird. China, das sind für uns manchmal die Glitzerfassaden von

Sandschneider: Die Erwartungen der Regierung sind klar: Das Land soll als modern, leistungsfähig, interessant und aufgeschlossen nach außen präsentiert werden. China soll auf der Bühne der internationalen Politik zurückgemeldet werden. Andere Akteure, insbesondere solche, die sich um Menschenrechte kümmern und gehofft haben, dass die Olympiade zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation führt, werden eher enttäuscht sein. Denn sie werden feststellen, dass die chinesische Regierung auf Grund ihres Stabilitätstraumas alles, was zu kritischer Berichterstattung oder zu politischen Konsequenzen führen könnte, im Keime ersticken wird. Die Menschenrechtssituation wird sich durch die Olympiade sicher nicht verbessern.

» Jederzeit ist die Möglichkeit gegeben, dass größere Destabilisierungselemente auftreten können.«

Shanghai, die Hochhäuser in Pudong, zum Teil auch die Antiquitäten und die alten Gebäude in Peking oder in Xian. Und es sind die Touristenorte, zu denen man reisen muss, wenn man die typischen 14- oder 21-Tage-Programme absolviert. Man sieht meistens nicht, dass immer noch 80 % der Menschen auf dem Land leben. Dort ist China längst nicht so modern wie wir es sehen. Dort herrscht zum Teil bittere Not. Das heißt, wer jetzt nach China fährt und sich die Mühe macht, herauszugehen aus den Sportstadien, wegzugehen aus den großen Prachtstraßen der Küstenstädte, der wird auch das arme, das andere China sehen. Und dieses gehört zum Land genauso dazu, wie die Bilder, die wir gerne von China produzieren.

NG/FH: Was verbinden die verschiedenen Interessengruppen mit den Spielen? Sind die Erwartungen von Partei, Regierung, Zivilgesellschaft an das, was dieses Ereignis bringen und welche Wirkung es haben kann, dieselben?

Ich wäre überhaupt vorsichtig in unserem Sinne in China von einer Zivilgesellschaft zu sprechen. Natürlich gibt es eine – verschwindend geringe – Demokratiebewegung. Deren Bedeutung ist aber geringer, als es die umfangreiche Berichterstattung bei uns vermuten lässt. Selbstverständlich gibt es in China mittlerweile auch Mittelschichten. Aber diese haben völlig andere Interessen als jene Mittelschichten, die wir üblicherweise aus einer modernisierungstheoretischen Sicht als Träger von Demokratisierung bezeichnen würden. Chinesische Mittelschichten haben sicher kein Interesse daran, ihr politisches Schicksal in die Hände von 800 Millionen Bauern zu legen, die ganz andere Ziele verfolgen als sie. Selbstverständlich gibt es unterschiedliche Gruppierungen mit unterschiedlichen Erwartungen. Zusammengehalten werden sie von einem gewaltigen und nicht zu unterschätzenden nationalen Stolz, der viele Eliteschichten und Bevölkerungsschichten eint. Als angesehener Akteur aufzutreten und die Olympiade für eigene Interes-

sen zu nutzen, sind aber zwei unterschiedliche Dinge.

NG/FH: Man beobachtet zunehmend Versuche, Teile der alten leninistischen Ideologie durch nationalistische Ideologeelemente zu ersetzen. Ist aus Sicht der chinesischen Regierung diese Einigung verschiedener Gruppen des ganzen Landes unter diesem nationalen Interesse der Hauptzweck der Olympiade?

Sandschneider: Das ist sicherlich ein Kernpunkt. Er soll helfen, das Grundproblem der chinesischen Politik zu managen: Stabilität zu bewahren. Aus unserer Sicht gibt es andere Prioritäten, aber aus Sicht der chinesischen Führung kommt Stabilität zuallererst. Das betrifft auch den Umgang mit Ideologie. Nirgendwo in einem kommunistischen System ist man ähnlich pragmatisch mit Ideologie umgegangen, wie man das ausgerechnet im vormals maoistischen China mittlerweile tut. Reiche Unternehmer können Mitglieder der Kommunistischen Partei werden, es hilft der Stabilität des Landes. Die chinesische Regierung hat einen sehr genauen, sehr detaillierten Blick auf die unterschiedlichen Problemlagen, die sie in diesem riesigen Land zu bewältigen hat. Und was immer der Stabilität im Land dient, das wird getan. Ideologie gehört ebenso dazu, wie große internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehende Ereignisse. Aber auch das Management des fortgesetzten wirtschaftlichen Fortschritts.

NG/FH: Ist denn die Stabilität real bedroht oder ist das eher eine Destabilisierungsfurcht, eine Art Herrschaftsideologie, die man benutzt, um unliebsame Kritik klein zu halten?

Sandschneider: Wenn Sie sich anschauen, was das Land in den letzten 25 Jahren nicht nur an beeindruckenden ökonomischen Erfolgen hinter sich hat, sondern dass mindestens so beeindruckende Risikofaktoren



Reiner Zensen

Eberhard Sandschneider

für politische, soziale und ökonomische Stabilität zusammengekommen sind, dann ist das schon ein beachtliches Pulverfass und das Pulver ist ziemlich trocken. Die Chinesen selbst berichten von sprunghaft steigenden Zahlen von Zwischenfällen, sozialen Unruhen im Lande, die sich genauso exponentiell entwickeln wie sich das Wirtschaftswachstum in den letzten 25 Jahren entwickelt hat. Wer diese Situation insgesamt sieht, der kann gar nicht anders als zu sagen: Da ist jederzeit die Möglichkeit gegeben, dass größere Destabilisierungselemente auftreten können.

NG/FH: Diese Unruhen sind ja meist lokaler Natur und richten sich gegen Missstände in Kommunen und in Städten, weniger auf das Herrschaftssystem als Ganzes. Gibt es – neben diesen Unruhen – Faktoren, die die Stabilität dieses Landes bedrohen?

Sandschneider: Da gibt es ein denkbar breites Spektrum. Diese Kommunistische Partei zieht ihre Legitimität mittlerweile nicht mehr aus Ideologie und der reinen Lehre, sondern aus ökonomischer Leistungsfähigkeit. Alles, was ökonomische Leistungsfähigkeit tendenziell beeinträchtigt, kann ein solcher Faktor werden. Nehmen Sie zum Beispiel das Energieproblem. In Anbetracht seines ins Unermessliche steigenden Energiebedarfs ist es kaum darstellbar, dass China sein Wirtschaftswachstum wird aufrechterhalten können, wenn man nicht auf massive technologische Durchbrüche hofft. Was aber ist, wenn das, was im Augenblick die gesamte chinesische Bevölkerung eint, nämlich gemeinsam – langsam die einen, schneller die anderen – reich zu werden, nicht mehr funktioniert. Auch die Umweltproblematik ist etwas, das das Leben der Einzelnen betrifft. Menschen flüchten, weil sie in ihrer Heimat nicht mehr leben können. Es gibt keinen Boden mehr, der den Anbau essbarer Früchte ermöglicht, kein sauberes Trinkwasser, keine Luft, die man atmen kann. Oder das gesamte Spektrum sozialer Verwerfungen, die Tatsache, dass die Großfamilie nicht mehr funktioniert und wir in China nicht nur Ein-Kind- sondern auch Klein- und Kernfamilien sehen, dass das soziale Netz in einer immer älter werdenden Gesellschaft alles andere als tragfähig ist. All diese Probleme liefern die strukturellen Voraussetzungen dafür, dass kleinere Ereignisse – und so ist das oft in der Geschichte – gewaltige Auswirkungen haben können.

NG/FH: Im Lichte dieser vielfältigen Risiken ist doch die Prioritätensetzung auf Stabilität für Partei und Regierung sehr verständlich. Ginge sie verloren, würde das niemandem nützen. Weder Menschenrechte könnten besser gewahrt werden noch gutes Regieren, noch Wachstum.

Sandschneider: Ich bin absolut mit Ihnen einverstanden. Das konterkariert natürlich

manch eine Debatte im Westen, die auf Demokratie in China wartet, die auf die Umsetzung der Menschenrechte nach unseren Vorstellungen wartet, so als hätten auch wir vor 150 Jahren mit den Menschenrechten angefangen. Das haben wir aber nicht. Auch bei uns ist die Demokratie nicht vom Himmel gefallen. Wer mit solchen überzogenen Forderungen an China herangeht, dokumentiert, dass er von den Schwierigkeiten des Landes, auch von seinen realen politischen Möglichkeiten relativ wenig Ahnung hat und stattdessen versucht, eigene Werte nach China zu übertragen. Das kann nicht funktionieren. Im Gegenteil: Die chinesische Regierung hat einen sehr klaren und nüchternen Blick auf die Risikolage, mit der sie auch umzugehen hat. Und man muss nicht zum Lobpreisen eines kommunistischen Systems ansetzen, um zu sagen: Wie immer man es dreht und wendet, es ist schon eine gewaltige Leistung, wie in den letzten 25 Jahren die Entwicklung Chinas vorangetrieben wurde – und das bei gleichzeitiger Wahrung der Stabilität.

NG/FH: Aber wo bleiben dann die Menschenrechte? Sollen wir ganz von Ihnen absehen, sollen wir anders mit der Frage nach Menschenrechten in China umgehen? Was ist in dieser Hinsicht der angemessene Zugang?

Sandschneider: Es gibt etwas, das man vermeiden muss. Ich zitiere da gerne einen Satz von Helmut Schmidt: »Die Besserwisserie des Westens in Peking ist von Übel.« Wer besserwisserisch, wer belehrend auftritt, wird in China nichts verändern. Auch die chinesische Regierung weiß, dass sie auf Dauer nicht nur mit Druck Stabilität schaffen oder die Menschenrechtssituation beheben kann. Das ist ein Lernprozess. Alles, was hilft, kooperativ und auf gleicher Augenhöhe Schritt für Schritt Verbesserungen herbeizuführen, ist aus meiner Sicht die richtige Politik. Der deutsch-chinesische

Rechtsstaatsdialog, der Menschenrechtsdialog, das sind kleine Schritte, die langsam in die richtige Richtung führen. Das ist unbefriedigend für jemanden, der aus der Perspektive des westlichen Menschenrechtsverständnisses schaut, weil es nur langsam voran geht. Und in der Zwischenzeit werden Menschenrechte in China weiter verletzt. Aber die Frage ist: Geht die Entwicklung in die richtige Richtung oder nicht? Da ist Fortschritt in diese Richtung sicherlich mehr als diese wunderbaren Fensterreden, die man immer wieder von westlichen Politikern hört, wenn sie in Peking über Menschenrechte reden und damit eigentlich Innenpolitik in ihren eigenen Ländern betreiben.

NG/FH: Wenn man einen genaueren Blick auf China wirft: Gibt es im Verlauf der letzten 15 Jahre reale Fortschritte in der Geltung der Menschenrechte, in der Rechtsstaatlichkeit, vielleicht auch in puncto Demokratisierung?

Sandschneider: Die Bilanz ist im Grundsatz relativ einfach. Aus westlicher Sicht ist es alles andere als zufriedenstellend, was wir beobachten. Aber es gibt tatsächlich Fortschritte. Bis 1978 gab es kein Strafrecht in China, es gab überhaupt kaum kodifiziertes Recht. Das hat sich mittlerweile dramatisch verändert. Und vieles von dem, was in China inzwischen formal gültiges Recht ist, ist auch aus deutschem Recht übernommen worden. Das ist die eine Seite der Medaille. Die Umsetzung dieses Rechtes ist die andere Seite. Sie können jetzt Teile des Bürgerlichen Gesetzbuches aus der Bundesrepublik per Übersetzung nach China übertragen, und so ist es zum Teil auch passiert. Aber sie haben noch nicht die Amtsrichter ausgebildet, die Rechts- und Staatsanwälte, die mit diesen Gesetzen umgehen können. Diese Implementierung ist ein Prozess. Die Richtung stimmt. Obwohl es sehr, sehr langsam voran geht.

NG/FH: Manchmal hört man in China das Argument, dass die universalistische Menschenrechtskonzeption, wie sie etwa in den Chartas der Vereinten Nationen verankert ist, und die pluralistische Demokratiekonzeption akzeptiert sind. Aber man müsse sehr langsam auf diesem Weg gehen, um Stabilitätsbedingungen zu wahren. Manchmal hört man aber auch das Argument: Dieses sind nicht unsere Konzepte. Wir sind gerade dabei, die alten chinesischen Konzepte neu zu beleben. Wir entwickeln unser Verständnis von Fortschritt nach unseren eigenen Maßstäben. Die Ziele sind dann letztendlich ganz andere. Denn bei diesen Konzeptionen spielen Menschenrechte eine geringere Rolle

Sandschneider: Mir fällt in den ganzen Jahren auf, dass das chinesische Selbstbewusstsein an dieser Stelle genauso schnell wächst wie das chinesische Bruttosozialprodukt. Wenn nicht schneller. Vor einigen Jahren sind chinesische Vertreter nach Europa, auch in die Vereinigten Staaten gekommen und haben argumentiert, sie wollten von uns lernen. Heute argumentieren sie, sie wollen von uns auf gleicher Augenhöhe behandelt werden. Ich bin sicher, dass man in China längst nicht mehr der Auffassung ist, man muss alles an Konzepten, was der Westen einem vorsetzt – an Werten, auch an politischen Konstrukten – einfach übernehmen. Stattdessen besinnt man sich darauf, ob man nicht selbst mit einem eigenen Erfolgskonzept weiter kommt. Deshalb sage ich, dass uns der eigentliche Schock noch bevorsteht. China wird sich als konsequenter globaler Rivale auch auf dieser Werteskala für uns aufstellen und völlig anders mit uns sprechen als wir das bislang gewohnt sind. Und es wird sehr zügig in anderen Teilen der Welt enge Kooperationspartner finden. Das gilt für die Autokratien in Afrika genauso, wie für die ebenfalls nicht unbedingt demokratischen Länder der ökonomisch sehr erfolgreichen Golfregionen.

NG/FH: Was sind die Hauptprobleme, mit denen wir dort konfrontiert werden? Was sind die Hauptdifferenzen, zwischen dem, was man erwartet und dem, was sich bei der Betrachtung aus der Nähe zeigen wird?

Sandschneider: China ist politisch, geografisch, ökonomisch und sozial so zerrissen und unterschiedlich, dass man sich daran gewöhnen muss, dass es nicht ein China-Bild, sondern viele China-Bilder gibt. Und man kann eigentlich damit spielen. Wenn man China als Supermacht sehen möchte, muss man nur auf die Zuwächse des Militärhaushalts verweisen und alle sind zutiefst erschrocken. Wenn man China als Entwicklungsland sehen möchte, muss man nur auf die Zahl der Millionen von Armen im Lande verweisen und schon hat man ein Bild. Wenn man China als High-Tech-Land sehen möchte, muss man nur auf Internet-Nutzung, auf Telekommunikation und ähnliches mehr verweisen und hat wieder ein anderes Bild. Man kann die Glitzerfassaden von Shanghai genauso zeigen wie irgendwelche ökologischen Wüsten, die es im Land gibt. Das ist das eigentliche Problem für uns: Das eine China-Bild, das wir gelegentlich suchen, gibt es nicht. Sondern es gibt unendlich viele China-Bilder, die man natürlich auch politisch unterschiedlich einsetzen kann. Und das macht die eigentliche Herausforderung aus.

NG/FH: Das ist ein Riesenproblem, zumal die Massenmedien in so einer Situation häufig dazu neigen, die Widersprüche aufzubauschen, anstatt zu vermitteln und zu versuchen, uns zu zeigen, wie es zusammenhängen könnte.

Sandschneider: Diese Zusammenhänge sind auch hochkomplex. Daher sind sie auch für Journalisten nicht ohne weiteres zu verstehen. Und es ist noch schwieriger, sie zu transportieren. Das Grundproblem besteht eigentlich darin, dass unsere China-Debatte letztendlich immer von Eigen-

interessen und auch von politischen Interessen getrieben ist. Das gilt für Europa genauso wie für die Vereinigten Staaten. Alle paar Jahre haben wir eine wunderschöne Selbstverständigungsdebatte, wo wir uns dann gegenseitig vorwerfen, was wir an China alles falsch gesehen haben oder was die anderen falsch sehen. Wir haben kein Einvernehmen in Europa, wie wir mit dem Land umgehen. Wir haben kein Einvernehmen in den transatlantischen Beziehungen, wie wir mit China umgehen. Wir können uns nicht darüber verständigen, ob wir es besser eindämmen sollten, bevor es wirklich gefährlich wird oder ob man es einbinden muss, weil man China als Partner bei allen globalen Problemen braucht. In dieser Bandbreite diskutieren wir über China. Ich bin ziemlich sicher, dass wir da auch noch weiter gehen.

NG/FH: Auch in der Berichterstattung seriöser Massenmedien in Deutschland, etwa im *Spiegel*, wird ein absolut gegnerisches, verteufelndes China-Bild aufgebaut und die billigsten Varianten von Vorurteilen und Missverständnissen geschürt. Ist das auch Ihre Beobachtung?

Sandschneider: Völlig richtig, das ist bedauerlicherweise so. Die Medien spielen dabei eine problematische Rolle, weil Verkäuflichkeit, die Zugkräftigkeit von Schlagzeilen, mehr zieht als ein realistischer Blick auf das Land. Das gilt übrigens nicht nur für China, das gilt wahrscheinlich in noch bedenklicherer Form für die Art und Weise, wie wir über Russland diskutieren. Wir haben China über viele Jahre zu positiv dargestellt. Enormes Wirtschaftswachstum, riesige Erwartungen daran, dass nach diesem Wirtschaftswachstum irgendwann die Pluralisierung der Gesellschaft kommt und dann Demokratisierung auf dem Fuße folgt. Jetzt stellen wir plötzlich fest, China ist für uns ein Wettbewerber. Da tauchen plötzlich *global player* auf, chinesische Unternehmen, die mit unseren Unterneh-

men auf dem chinesischen Markt, aber auch auf unseren Märkten, konkurrieren. Und jetzt bekommen wir plötzlich Angst. Im Augenblick hat *China-Bashing*, die Erzeugung von Angst vor China, sicherlich im journalistischen Bereich eine deutlich größere Konjunktur als ein realistischer Blick auf das Land.

NG/FH: Es sind jetzt, relativ kurz vor dem Beginn der Olympischen Spiele, abermals Unruhen in Tibet ausgebrochen. Worin sehen Sie die Ursachen dafür, und wie sollten und könnten sie sich auf die Spiele auswirken?

Sandschneider: Die Ursachen haben zunächst in dem Jahrestag des Tibet-Aufstandes von 1959 ihren Ursprung. Hinzu kommt aber, dass die exil-tibetische Opposition sich entschlossen hat – und dieses auch offen bekundet –, die Olympischen Spiele und die damit einhergehende inter-

nationale Aufmerksamkeit zu nutzen, um verstärkt auf die Situation in Tibet aufmerksam zu machen. Ein Protestmarsch, der vom Sitz der Exilregierung in Indien bis zur Olympiade nach Lhasa führen sollte, ist von den indischen Behörden schon nach wenigen Kilometern polizeilich gestoppt worden.

All diese Ereignisse, einschließlich einer etwas schärferen Rede des Dalai Lama, haben dazu geführt, dass diese Aufstände ausgebrochen sind. Wieder einmal steht Tibet für ein paar Tage im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. An dem Endergebnis wird sich vermutlich nichts ändern. Die chinesischen Sicherheitsbehörden werden mit aller Macht versuchen, die Stabilität so schnell wie möglich wiederherzustellen. Eine Lösung des Tibet-Problems im Sinne der Exil-Opposition wird es insofern nicht geben. Und die internationale Öffentlichkeit wird selbst im Vorfeld der Olympiade vermutlich zu anderen Themen weiterziehen.